

# EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel**



## Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

---

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

### **BEITRITSVERTRAG MIT KROATIEN NACH BILLIGUNG DURCH EP UNTERZEICHNET**

Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten und der kroatische Staatspräsident *Ivo Josipovic* sowie Ministerpräsidentin *Kosor* haben am 09.12.2011 am Rande des Europäischen Rats in Brüssel den Beitrittsvertrag für Kroatien unterzeichnet. Jetzt muss der Vertrag von Kroatien und allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Die EU-Institutionen und Kroatien streben an, dass der Beitritt am 01.07.2013 wirksam wird. Vor der Unterzeichnung hat das Europäische Parlament (EP) am 01.12.2011 mit großer Mehrheit den Beitritt und den Beitrittsvertrag gebilligt.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0539+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

### **EP: WESENTLICHE ERGEBNISSE DES MINI-PLenums AM 30.11./01.12.2011**

Im Mittelpunkt standen erneut finanzpolitische Themen. Im Rahmen der Debatte zum Jahresbericht der Europäischen Zentralbank (EZB) diskutierten die Abgeordneten mit dem neuen EZB-Präsidenten *Mario Draghi* und nahmen eine Entschließung an; darin äußert sich das EP tief besorgt über die aktuelle Schuldenkrise und würdigt die Rolle der EZB bei der Krisenbewältigung. Mit großer Mehrheit stimmte das EP dem mit dem Rat kurz zuvor vereinbarten Kompromiss über den EU-Haushalt 2012 zu. Die Abgeordneten stimmten daneben dem neuen Verhaltenskodex für Mitglieder des EP zu; damit werden die Regelungen betreffend finanzielle Interessen und Interessenskonflikte neu gefasst und verschärft. Außerdem richtete das EP Empfehlungen zu den Verhandlungen über ein Assoziierungs- und Freihandelsabkommen der EU mit der Ukraine an Rat, Kommission und Europäischen Auswärtigen Dienst.

<http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/texts-adopted.html>

### **RAT NIMMT ZUM STAND DER OSTSEESTRATEGIE STELLUNG**

Der Rat Allgemeine Angelegenheiten hat Schlussfolgerungen zur Überprüfung der Strategie der EU für den Ostseeraum angenommen und darin zum Umset-



zungsbericht der Kommission vom 22.06.2011 Stellung bezogen. Die Aussagen von Rat und Kommission zur ersten makroregionalen Strategie der EU enthalten auch Hinweise für die im Juni 2011 beschlossene Donaustrategie und weitere von Mitgliedstaaten und Regionen angestrebte makroregionale Strategien wie die Europäische Strategie für den Alpenraum. Die Kommission plant, Mitte 2013 eine allgemeine Bewertung der makroregionalen Strategien vorzulegen.

Schlussfolgerungen des Rats:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st15/st15848.de11.pdf>

Bericht der Kommission:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0381:FIN:DE:PDF>

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

### **INNENMINISTER HERRMANN EMPFÄNGT KOMMISSARIN GEORGIEVA IN MÜNCHEN**

Die Kommissarin für Internationale Zusammenarbeit, Humanitäre Hilfe und Krisenreaktion *Kristalina Georgieva* ist am 29.11.2011 nach München gereist. In einem Gespräch im Innenministerium diskutierte sie mit Innenminister *Joachim Herrmann* über die Vorstellungen der Kommission zur Zukunft des Katastrophenschutzes in Europa. Im Anschluss stellte Innenminister *Herrmann* ein Sanitätshilfekontingent und eine Einsatzeinheit zur Brandbekämpfung aus der Luft vor. Weitere Programmpunkte des Besuchs der Kommissarin waren die Teilnahme an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Katastrophenhilfe in Europa - Eigene Vorsorge und solidarische Hilfe“, ein Mittagessen mit dem Vorsitzenden der Hanns-Seidel-Stiftung Staatsminister a.D. *Hans Zehetmair* sowie ein Gespräch in der Münchner Rückversicherungsgesellschaft.

Pressemitteilung:

<http://www.stmi.bayern.de/presse/archiv/2011/468.php>

### **ERSTER JAHRESBERICHT ÜBER DIE DURCHFÜHRUNG DER EU-STRATEGIE DER INNEREN SICHERHEIT**

Die Kommission hat am 25.11.2011 ihren ersten Jahresbericht über die Durchführung der EU-Strategie der Inneren Sicherheit vom Dezember 2010 vorgelegt. Darin werden aktuelle Bedrohungen für die innere Sicherheit der EU iden-



tifiziert, die im Jahr 2011 durch die Kommission getroffenen wichtigsten Maßnahmen aufgezählt sowie ein Ausblick auf Maßnahmen der Kommission und Handlungsempfehlungen für die Mitgliedstaaten für das Jahr 2012 gegeben.

Pressemitteilung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1453&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Mitteilung:

[http://www.parlament.gv.at/cgi-bin/eukp.pdf?P\\_EU=XXIV.pdf/EU/06/50/065093.pdf](http://www.parlament.gv.at/cgi-bin/eukp.pdf?P_EU=XXIV.pdf/EU/06/50/065093.pdf)

### **KOMMISSION RUFT MITGLIEDSTAATEN ZU MEHR SOLIDARITÄT IN DER ASYLPOLITIK AUF**

In einer Mitteilung vom 02.12.2011 über die verstärkte EU-interne Solidarität im Asylbereich hat die Kommission eine „EU-Agenda für weitergehende Teilung der Verantwortung und mehr gegenseitiges Vertrauen“ vorgestellt. In der Mitteilung weist die Kommission auf bestehende Defizite und Ungleichgewichte in der Aufnahme von Flüchtlingen durch die Mitgliedstaaten hin und schlägt konkrete Maßnahmen vor, um die EU-interne Solidarität im Asylbereich zu stärken.

Pressemitteilung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1493&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Mitteilung (englische Fassung):

[http://ec.europa.eu/home-affairs/news/intro/docs/201112/1\\_EN\\_ACT\\_part1\\_v6.pdf](http://ec.europa.eu/home-affairs/news/intro/docs/201112/1_EN_ACT_part1_v6.pdf)

### **EUGH PRÄZISIERT RECHTSPRECHUNG ZUR RÜCKFÜHRUNGSRICHTLINIE**

Der EuGH hat in einem Urteil vom 06.12.2011 (C-329/11) seine Rechtsprechung zur Anwendung der sog. Rückführungsrichtlinie präzisiert. In seinem Urteil hebt das Gericht hervor, dass sich die Rückführungsrichtlinie nur auf die Rückkehrentscheidung und deren Vollstreckung bezieht und somit nationalen Regelungen zur Strafbarkeit des illegalen Aufenthalts nicht entgegensteht. Zudem wird darauf hingewiesen, dass die Richtlinie auch nicht einer Inhaftierung zur Ermittlung, ob der Aufenthalt illegal ist oder nicht, entgegensteht. Eine nationale Regelung zur Strafbarkeit ist jedoch dann mit der Richtlinie unvereinbar, wenn sie zu einer Inhaftierung zur Strafvollstreckung während



des Rückkehrverfahrens führen kann.

Urteilstext:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=115941&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=83397>

### **INFORMATIONSBESUCH DER STADTRATSKOMMISSION EUROPA UND BERUFSMÄSSIGER STADTRATSMITGLIEDER DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN IN BRÜSSEL**

Am 29. und 30.11.2011 hat sich eine Delegation aus Mitgliedern der „Stadtratskommission Europa“ und berufsmäßiger Stadtratsmitglieder der Landeshauptstadt München für einen Informationsbesuch in Brüssel aufgehalten. Unter der Führung von Wirtschaftsreferent *Dieter Reiter* trafen die Delegationsmitglieder mit bayerischen MdEP sowie Vertretern der Kommunalen Spitzenverbände, von Eurocities und dem Europabüro der Bayerischen Kommunen in der Bayerischen Vertretung zusammen, um über aktuelle europapolitische Fragen zu diskutieren. Weitere Programmpunkte des Besuchs waren Gespräche im AdR, mit Vertretern des RGRE und der Kommission.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

### **WBF-RAT AM 05./06.12.2011 IN BRÜSSEL**

Der Wettbewerbsfähigkeitsrat am 05./06.12.2011 in Brüssel stand ganz im Zeichen der abschließenden Debatte um die Errichtung einer europäischen Patentgerichtsbarkeit. Trotz mehrerer Unterbrechungen der Sitzung gelang es nicht, schon jetzt eine Einigung zu erreichen.

- Europäische Patentgerichtsbarkeit
- Richtlinie zur Verknüpfung von Zentral-, Handels- und Gesellschaftsregistern

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/intm/126579.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/126579.pdf)

### **VORSCHLÄGE ZUR ALTERNATIVEN STREITBEILEGUNG UND ONLINE-STREITBEILEGUNG FÜR VERBRAUCHER**

Die Kommission hat am 29.11.2011 einen Verordnungsvorschlag über die Online-Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten (OS) und den Richtlinienvorschlag zur alternativen Streitbeilegung (AS) vorgelegt. Mit beiden In-



strumenten sollen Verbraucher und Unternehmer ihre Rechtsstreitigkeiten schnell, einfach und wirkungsvoll auch ohne Gerichtsverfahren lösen können. Die Maßnahmen zu den AS-Einrichtungen werden voraussichtlich 2014 und die OS-Plattform voraussichtlich 2015 in Kraft treten.

[http://ec.europa.eu/consumers/redress\\_cons/docs/odr\\_regulation\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/consumers/redress_cons/docs/odr_regulation_de.pdf)

[http://ec.europa.eu/consumers/redress\\_cons/docs/directive\\_adr\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/consumers/redress_cons/docs/directive_adr_de.pdf)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1461&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **NEUE REGELUNGEN FÜR ABSCHLUSSPRÜFER**

Am 30.11.2011 hat die Kommission zwei Legislativvorschläge zur Rolle der Abschlussprüfer und zur Einführung von strengeren Regeln verabschiedet. Die Vorschläge sollen insbesondere die Unabhängigkeit der Prüfer stärken und einen Binnenmarkt für diese schaffen. Prüfungsgesellschaften sollen danach nach einer Beschäftigungszeit von maximal sechs Jahren rotieren müssen (s. Beiträge des StMF und des StMWIVT in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/auditing/docs/reform/COM\\_2011\\_779\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/auditing/docs/reform/COM_2011_779_en.pdf)

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/auditing/docs/reform/COM\\_2011\\_778\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/auditing/docs/reform/COM_2011_778_en.pdf)

### **KONSULTATION ZUM ILLEGALEN HANDEL MIT KULTURGÜTERN**

Die Kommission hat am 29.11.2011 eine öffentliche Konsultation gestartet, in der sie bittet, bis zum 05.03.2012 Vorschläge für einen besseren Schutz und eine erleichterte Rückgabe von Kulturgütern abzugeben (s. Beitrag des StMWFK in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/itemlongdetail.cfm?displayType=consultation&lang=de&tpa\\_id=0&item\\_id=5526&tk](http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/itemlongdetail.cfm?displayType=consultation&lang=de&tpa_id=0&item_id=5526&tk)

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

### **ERKLÄRUNG DER STAATS- UND REGIERUNGSCHEFS DES EURO- RAUMS ZUR STÄRKUNG DER WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION VOM 09.12.2011**

Die Staats- und Regierungschefs des Euroraums haben im Rahmen der Sitzung des Europäischen Rates vom 08./09.12.2011 eine Erklärung zur Stär-



kung der Wirtschafts- und Währungsunion abgegeben. Das Ziel von Deutschland und Frankreich, im Kreise der Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedstaaten Vertragsänderungen durchzusetzen, wurde allerdings verfehlt. Deshalb verständigten sich die 17 Mitgliedstaaten des Euroraums, zunächst ein gesondertes internationales Abkommen abzuschließen. Dem wollen sich neun Mitgliedstaaten anschließen, die nicht dem Euroraum angehören (Bulgarien, Dänemark, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Tschechien, Schweden und Rumänien). In einigen Staaten steht die Beitrittsentscheidung unter Parlamentsvorbehalt. Das Vereinigte Königreich will sich nicht anschließen.

Im Verfassungsrecht der Mitgliedstaaten müssen neue Fiskalregeln verankert werden. Das jährliche strukturelle Haushaltsdefizit darf 0,5 % des nominalen BIP nicht überschreiten. Andernfalls greifen automatische Korrekturmechanismen. Mitgliedstaaten, die sich in einem Verfahren wegen eines exzessiven Defizits befinden, müssen der Kommission und dem Rat ein Wirtschaftspartnerschaftsprogramm übermitteln, in dem die zur dauerhaften Korrektur der Defizite notwendigen Strukturreformen konkretisiert werden. Daneben soll das Verfahren wegen eines exzessiven Defizits für Euro-Mitgliedstaaten stärker automatisiert werden.

Der dauerhafte Krisenmechanismus ESM soll bereits im Juli 2012 in Kraft treten. Im März 2012 soll geprüft werden, ob das konsolidierte Ausleihvolumen von EFSF und ESM in Höhe von 500 Mrd. € angemessen ist. Die Privatsektorbeteiligung soll an die Prinzipien und Praktiken des IWF angelehnt werden. Wenn die Kommission und die EZB feststellen, dass eine Entscheidung über die Gewährung von Finanzhilfen dringend notwendig ist, um die finanzielle und wirtschaftliche Stabilität des Euroraums sicherzustellen, soll im ESM die Entscheidung nicht einstimmig, sondern mit qualifizierter Mehrheit von 85 % getroffen werden. Dem IWF sollen über bilaterale Darlehen der EU-Mitgliedstaaten zusätzliche Mittel in Höhe von bis zu 200 Mrd. € zur Verfügung gestellt werden.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/de/ec/126678.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/126678.pdf)

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ec/126657.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/126657.pdf)



## WESENTLICHE ERGEBNISSE DER SITZUNGEN DER EUROGRUPPE UND DES ECOFIN-RATES VOM 29./30.11.2011

Die Eurogruppe hat die nächste Darlehenstranche aus dem ersten Rettungspaket für Griechenland freigegeben. Da auch der IWF am 05.12.2011 die Auszahlung der nächsten Tranche gebilligt hat, kann die Auszahlung in Höhe von insgesamt 8 Mrd. € (5,8 Mrd. € von den Euro-Mitgliedstaaten, 2,2 Mrd. € vom IWF) noch im Dezember vollzogen werden. Auch die nächste Darlehenstranche für Irland wurde bewilligt. Irland erhält insgesamt ebenfalls 8 Mrd. € (4,2 Mrd. € von EFSF/EFSM und 3,8 Mrd. € vom IWF). Der von der italienischen Regierung eingeleitete Reform- und Konsolidierungskurs wurde von der Eurogruppe zwar begrüßt. Angesichts der eingetrübten Konjunkturaussichten seien aber zusätzliche Maßnahmen erforderlich, um die Haushaltsziele zu erreichen.

Die Eurogruppe hat sich auf zwei Modelle zur Maximierung der Kapazität der EFSF geeinigt, die teilweise Absicherung von Staatsanleihen über Schutzzertifikate (Versicherungslösung) und die Einrichtung von Ko-Investmentfonds, in denen öffentliche und private Mittel zusammengeführt werden. Diese Fonds stünden z. B. offen für Mittel aus Staatsfonds.

Der ECOFIN-Rat hat dem Europäischen Rat (ER) empfohlen, den bisherigen Chefvolkswirt im französischen Finanzministerium, *Benoît Coeuré*, ab 01.01.2012 für eine Amtszeit von acht Jahren als Mitglied des Direktoriums der EZB zu ernennen. *Coeuré* soll die Nachfolge von EZB-Direktoriumsmitglied *Lorenzo Bini Smaghi* antreten, der Ende des Jahres aus der EZB ausscheidet und in die Wissenschaft wechselt.

Der ECOFIN-Rat hat den EU-Haushalt 2012 gebilligt. Vertreter des Rates und des EP hatten sich zuvor im Vermittlungsverfahren über den EU-Haushalt 2012 geeinigt. Nachdem auch das EP am 01.12.2011 dem Verhandlungsergebnis zugestimmt hat, ist der EU-Haushalt 2012 formell verabschiedet. Bei den Zahlungsermächtigungen hat sich der Rat mit seiner Forderung, diese auf rund 129,1 Mrd. € (0,98 % des Bruttonationaleinkommens der EU) zu begrenzen, durchgesetzt. Dies entspricht einem Anstieg von 1,86 % gegenüber dem EU-Haushalt 2011. Bei den Verpflichtungsermächtigungen ist der Rat dem EP, anders als bei den Ausgabenermächtigungen, deutlich entgegengekommen. Diese sollen im Jahr 2012 um rund 3,5 % auf 147,2 Mrd. € steigen.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/126455.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/126455.pdf)



## **MITTEILUNG DER KOMMISSION ZUR ZUKUNFT DES MEHRWERT- STEUERRECHTS**

Die Kommission hat am 06.12.2011 eine Mitteilung zur Zukunft des Mehrwertsteuerrechts veröffentlicht. Konkrete Legislativvorschläge zur Umsetzung dieser Strategie unterbreitet die Kommission zunächst nicht, diese sollen nach und nach in den nächsten Jahren folgen. Die zentralen Elemente der neuen Mehrwertsteuerstrategie sind die Umsetzung des Bestimmungslandprinzips, die Vereinfachung des Mehrwertsteuerrechts sowie ein effizienteres, robustes und weniger betrugsanfälliges Mehrwertsteuersystem. Insbesondere sollen die Mehrwertsteuersatz-Strukturen überarbeitet werden. Dabei soll der Anwendungsbereich des Standardsatzes ausgedehnt und der Anwendungsbereich des ermäßigten Satzes zurückgedrängt werden.

[http://ec.europa.eu/taxation\\_customs/resources/documents/taxation/vat/key\\_documents/communications/com\\_2011\\_851\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/vat/key_documents/communications/com_2011_851_de.pdf)

## **EBA VERÖFFENTLICHT DATEN ZUM REKAPITALISIERUNGSBEDARF EUROPÄISCHER BANKEN**

Die Europäische Bankaufsichtsbehörde EBA hat am 08.12.2011 die Ergebnisse des jüngsten nochmals verschärften Bankenstresstests veröffentlicht. Dieser steht im Zusammenhang mit der auf dem ER vom 26.10.2011 beschlossenen Rekapitalisierung systemrelevanter Banken in den EU-Mitgliedstaaten. Der von der EBA in Zusammenarbeit mit den nationalen Aufsichtsbehörden erhobene Kapitalbedarf beläuft sich EU-weit auf rund 114,7 Mrd. €. Der Rekapitalisierungsbedarf der 13 beteiligten deutschen Banken beläuft sich auf insgesamt 13,1 Mrd. €. Die BayernLB hat keinen weiteren Kapitalbedarf. Bis zum 20.01.2012 sollen die betroffenen Institute den nationalen Aufsichtsbehörden erklären, wie sie die geforderte Kernkapitalquote von 9 % erreichen wollen.

<http://www.eba.europa.eu/News--Communications/Year/2011/The-EBA-publishes-Recommendation-and-final-results.aspx#>

[http://www.bafin.de/cln\\_117/nn\\_722758/SharedDocs/Mitteilungen/DE/Service/PM\\_2011/pm\\_111208\\_eba-rekapitalisierungsumfrage.html](http://www.bafin.de/cln_117/nn_722758/SharedDocs/Mitteilungen/DE/Service/PM_2011/pm_111208_eba-rekapitalisierungsumfrage.html)



## **BERICHT DER POLNISCHEN RATSPRÄSIDENTSCHAFT ÜBER DEN FORTSCHRITT DER VERHANDLUNGEN ZUM NÄCHSTEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN 2014 - 2020**

Die polnische Ratspräsidentschaft hat im Rat für Allgemeine Angelegenheiten am 05.12.2011 einen Fortschrittsbericht zu den Verhandlungen zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen vorgestellt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich nur um einen Bericht der polnischen Präsidentschaft handelt, nicht aber um einen abgestimmten Bericht des Rates. Spezifische Verhandlungen über die Gesamtbeträge der Ausgaben in den einzelnen Rubriken seien unter polnischer Ratspräsidentschaft noch nicht geführt worden. Von etlichen Mitgliedstaaten sei aber die Notwendigkeit betont worden, dass der mehrjährige Finanzrahmen die Bemühungen um eine Haushaltskonsolidierung auf nationaler Ebene widerspiegeln müsse. Die eigentlichen Verhandlungen beginnen Anfang des Jahres unter dänischer Präsidentschaft. Ziel ist, dass der mehrjährige Finanzrahmen 2014 bis 2020 bis Ende 2012 angenommen wird.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/EN/genaff/126578.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/126578.pdf)

## **„FLUGHAFENPAKET“ VORGESTELLT: NEUE BESTIMMUNGEN ZU BODENVERKEHRSDIENSTEN, „SLOTS“ UND FLUGLÄRMBEDINGTEN BETRIEBSBESCHRÄNKUNGEN**

Die Kommission hat am 01.12.2011 das sog. „Flughafenpaket“ vorgestellt. Die Vorschläge bezwecken, bestehende Kapazitäten auf den europäischen Flughäfen besser zu nutzen. Andernfalls könnten die Flughäfen den prognostizierten Anstieg des Flugverkehrs nicht bewältigen, denn ein ausreichender Zubau von Kapazitäten sei nicht zu erwarten. Teil des Pakets ist eine neue Verordnung über Bodenverkehrsdienste (s. dazu auch Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1484&format=HTML&aged=0&language=de>

## **VORSCHLÄGE ZUR REFORM DES MARKTES FÜR ABSCHLUSSPRÜFER**

Die Kommission hat am 30.11.2011 Vorschläge zur Reform des Abschlussprüfungsmarktes veröffentlicht, einen Richtlinien- und einen Verordnungsentwurf. Der Richtlinienentwurf zielt auf die Stärkung des Binnenmarktes für Abschlussprüfer ab und enthält Vorschläge wie die Liberalisierung der Eigentü-



merbestimmungen für Wirtschaftsprüfungsunternehmen oder einen europäischen Pass für Abschlussprüfungsgesellschaften. Der Verordnungsentwurf enthält Sonderregelungen für die Abschlussprüfung bei Unternehmen von öffentlichem Interesse wie Banken, Versicherungsunternehmen und börsennotierten Gesellschaften. Durch Maßnahmen wie die obligatorische Rotation der Prüfungsgesellschaften oder das Verbot prüfungsfremder Leistungen soll vor allem die Unabhängigkeit der Abschlussprüfer gestärkt werden (s. dazu auch Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1480&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

#### **KMU-FINANZIERUNG: NEUE VORSCHRIFTEN FÜR KMU-ORIENTIERTE RISIKOKAPITALFONDS UND AKTIONSPLAN ZUR KMU-FINANZIERUNG**

Die Kommission hat am 07.12.2011 ein Paket zur Risikokapitalfinanzierung von KMU vorgelegt, bestehend aus einem Verordnungsvorschlag über Europäische Risikokapitalfonds und einer Mitteilung über einen Aktionsplan zur Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten für KMU. Mit der Verordnung will die Kommission ein „gemeinsames Regelwerk“ für die Vermarktung solcher Fonds schaffen (s. dazu auch Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1513&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

#### **KOMMISSION VERLÄNGERT UND ÜBERARBEITET VORÜBERGEHENDEN RECHTSRAHMEN FÜR KRISENBEDINGTE BEIHILFEN AN BANKEN**

Die Kommission hat am 01.12.2011 die vorübergehenden Beihilfevorschriften für die Prüfung staatlicher Unterstützungsmaßnahmen für Finanzinstitute während der Krise überarbeitet und verlängert. Die Neuregelungen gelten für Beihilfen ab dem 01.01.2012. Änderungen betreffen u. a. die angemessene Vergütung für Kapitalinstrumente ohne feste Rendite und die Methode zur Berechnung einer angemessenen Vergütung für Garantien für Bankverbindlichkeiten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1488&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>



Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

**„FLUGHAFENPAKET“ VORGESTELLT: NEUE BESTIMMUNGEN ZU BODENVERKEHRSDIENSTEN, „SLOTS“ UND FLUGLÄRMBEDINGTEN BETRIEBSBESCHRÄNKUNGEN**

Die Kommission hat am 01.12.2011 das sog. „Flughafenpaket“ vorgestellt. Die Vorschläge bezwecken, bestehende Kapazitäten auf den europäischen Flughäfen besser zu nutzen. Andernfalls könnten die Flughäfen den prognostizierten Anstieg des Flugverkehrs nicht bewältigen, denn ein ausreichender Zubau von Kapazitäten sei nicht zu erwarten. Teil des Pakets ist eine neue Verordnung über Bodenverkehrsdienste. Darin ist vorgesehen, dass auf Großflughäfen künftig mindestens drei (statt bisher mindestens zwei) Drittanbieter zuzulassen sind. Der Flughafenbetreiber selbst darf danach nicht mehr als Dienstleister auftreten, soll aber eine Koordinierungsfunktion für alle tätigen Dienstleister übernehmen. Mit einer neuen Slot-Verordnung will die Kommission eine effektivere Nutzung vorhandener Zeitnischen erreichen. Dazu sollen etwa Fluggesellschaften mit Slots handeln dürfen (Sekundärhandel), was bisher nicht klar geregelt war. Zudem muss nach den Vorstellungen der Kommission eine Fluggesellschaft einen ihr zustehenden Slot zukünftig zu 85 % (statt wie bisher zu 80 %) genutzt haben, damit sie ihn bei der nächsten Zuteilungsperiode bevorzugt zugewiesen bekommt. Dritter Legislativvorschlag des Pakets ist eine Verordnung über Betriebsbeschränkungen wegen Fluglärms. Hier geht es insbesondere um eine Verfahrensvereinheitlichung im Entscheidungsprozess.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1484&format=HTML&aged=0&language=de>

**NEUES FORSCHUNGSRAHMENPROGRAMM „HORIZON 2020“ VORGESTELLT, ERSTE AUSSPRACHE DAZU IM WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRAT**

Am 30.11.2011 hat die Kommission ihren Vorschlag zum künftigen 8. Forschungsrahmenprogramm für die Jahre 2014 - 2020 unter dem Titel „Horizon 2020“ vorgelegt. Als Finanzausstattung sind knapp 88 Mrd. € (in fortgeschriebenen Preisen bis 2020) vorgesehen. Das neue Programm vereint erstmals alle bisherigen Forschungsprogramme unter einem einzigen Dach. Die Förderung gliedert sich in die drei Hauptbereiche „Wissenschaftsexzellenz“, „Indust-



rieführerschaft“ und „gesellschaftliche Herausforderungen“. Die Zusammenfassung des Programms soll zu einer erheblichen Vereinfachung der Prozeduren für die Antragsteller beitragen. Angestrebt wird eine Beschleunigung der Prüfdauer ab Antragstellung um durchschnittlich 100 Tage. Am 06.12.2011 präsentierte Forschungskommissarin *Geoghegan-Quinn* die Vorschläge beim Wettbewerbsfähigkeitsrat, wo auch eine erste Aussprache zwischen den Mitgliedstaaten stattfand (s. auch Beitrag des StMWFK in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1475&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

### **KOMMISSION SCHLÄGT PROGRAMM FÜR WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DER UNTERNEHMEN UND FÜR KMU VOR (COSME)**

Die Kommission hat am 30.11.2011 die Vorschläge für das Programm COSME (Programme for the Competitiveness of Enterprises and SMEs) vorgestellt. Es enthält Maßnahmen der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer KMU in der Förderperiode 2014 - 2020 und soll das aktuelle Programm CIP (Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation) ablösen. Die Kommission sieht eine Finanzausstattung von rund 2,5 Mrd. € vor, wovon 1,4 Mrd. € auf Finanzierungsinstrumente entfallen. Der Rest soll insbesondere zur Finanzierung des Enterprise Europe Network (EEN), für die internationale industrielle Zusammenarbeit und für die Unternehmerausbildung verwendet werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1476&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **VORSCHLÄGE FÜR FINANZIERUNG UND MANAGEMENT VON GALILEO UND GMES FÜR DIE ZEIT AB 2014**

Die Kommission hat am 30.11.2011 ihre Vorschläge für die Finanzierung und das Management von GALILEO und GMES für die Zeit ab 2014 vorgelegt. Für das Satellitennavigationssystem GALILEO veranschlagt sie im EU-Haushalt ein Budget von 7 Mrd. € bis 2020 (in Preisen von 2011). Eine entsprechende Verordnung enthält daneben insbesondere eine Definition der Programme und Vorgaben zur Managementstruktur. Zugleich hat die Kommission eine Mitteilung über das Europäische Erdbeobachtungsprogramm GMES und seine operativen Tätigkeiten ab 2014 angenommen. Sie geht von einem Finanzbedarf bis 2020 in Höhe von 5,8 Mrd. € (in Preisen von 2011) aus. Die Mittel sollen



über einen besonderen Fonds, ähnlich dem Europäischen Entwicklungsfonds, außerhalb des EU-Haushalts bereit gestellt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1478&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1477&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **VORSCHLÄGE ZUR REFORM DES MARKTES FÜR ABSCHLUSSPRÜFER**

Die Kommission hat am 30.11.2011 eine Verordnung und eine Richtlinie zur Neuregelung des Rechtsrahmens für Abschlussprüfer vorgelegt. Die Vorschläge sollen insbesondere die Unabhängigkeit der Prüfer vom Mandanten stärken und die Ausübung der Tätigkeit im Binnenmarkt erleichtern. Daher schlägt die Kommission eine Verordnung mit Sonderbestimmungen für die Abschlussprüfung bei Unternehmen von öffentlichem Interesse vor (etwa Banken, Versicherungsunternehmen und börsendotierte Gesellschaften). Hier sollen Prüfungsgesellschaften im Grundsatz (es gibt Ausnahmen) nach maximal sechs Jahren bei einem Mandanten rotieren müssen. Erst nach weiteren vier Jahren dürfen sie für diesen Mandanten wieder tätig werden („Karenzzeit“). Neben dieser Verordnung soll eine Änderung der Richtlinie 2006/43/EG über Abschlussprüfungen den Binnenmarkt für diesen Sektor fördern. Mit Hilfe eines neuen „Europäischen Passes“ sollen etwa Prüfungsgesellschaften und Prüfer ihre Leistungen in der gesamten EU leichter anbieten können.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1480&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **KMU-FINANZIERUNG: NEUE VORSCHRIFTEN FÜR KMU-ORIENTIERTE RISIKOKAPITALFONDS UND AKTIONSPLAN ZUR KMU-FINANZIERUNG**

Die Kommission hat am 07.12.2011 ein Paket zur Risikokapitalfinanzierung von KMU vorgelegt, bestehend aus einem Verordnungsvorschlag über Europäische Risikokapitalfonds und einer Mitteilung über einen Aktionsplan zur Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten für KMU. Mit der Verordnung will die Kommission ein „gemeinsames Regelwerk“ für die Vermarktung solcher Fonds schaffen. Sie sind durch eine KMU-Orientierung bei ihren Aktivitäten sowie durch eine bestimmte Anlegerstruktur gekennzeichnet. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, können die Fondsverwalter einen „Europäischen Vertriebspass“ erlangen, der in der gesamten EU den Weg zu den zulässigen



Anlegern öffnet und damit die Kapitaleinwerbung erleichtern soll. Im Gegensatz zum Fondsverwalter-Pass gemäß der bestehenden Richtlinie 2011/61/EU über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFM-Richtlinie) gibt es nach dem Verordnungsvorschlag für „Europäische Risikokapitalfonds“ keine Mindestschwelle des verwalteten Fondskapitals von 500 Mio. €. Der Vorschlag ist zugleich ein Element des parallel vorgestellten Aktionsplans für KMU-Finanzierung, in dem die Kommission relevante laufende und anstehende regulatorische Vorhaben sowie EU-Finanzierungsinstrumente für KMU zusammenfasst.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1513&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

#### **GÜTESIEGEL „EUROPÄISCHER FONDS FÜR SOZIALES UNTERNEHMERTUM“**

Im Kontext der Initiative zur Stärkung kleiner und mittlerer Unternehmen, die die Kommission am 07.12.2011 vorlegte, stellte EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier auch den Vorschlag für die Einführung eines Gütesiegels „Europäischer Fonds für soziales Unternehmertum“ vor. Damit will die Kommission nach eigenen Angaben den „Grundstein für einen soliden europäischen Markt für Sozialinvestmentfonds“ legen. Investoren sollen Fonds, die sich auf Investitionen in europäische Sozialunternehmen konzentrieren, leichter erkennen können. (s. dazu auch den Beitrag des StMAS in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/investment/social\\_investment\\_funds\\_en.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/investment/social_investment_funds_en.htm)

#### **EUGH-URTEIL ZUR NICHTIGKEIT BEIHILFERECHTSWIDRIGER BÜRG-SCHAFTEN („RESIDEX“): NATIONALER RICHTER KANN BÜRG-SCHAFTSVERTRAG FÜR NICHTIG ERKLÄREN, DAS UNIONSRECHT GIBT DIE NICHTIGKEIT ABER NICHT PER SE VOR**

Der EuGH hat am 08.12.2011 sein Urteil in der Rechtssache „Residex“ (C-175/10) veröffentlicht. Dabei ging es um die Frage, ob der Bürgschaftsvertrag zwischen öffentlicher Hand und Darlehensgeber (meist eine Bank) nichtig ist, wenn die Bürgschaft gegen das Beihilfeverbot (Art. 107 Abs. 1, 108 Abs. 3 S. 3 AEUV) verstößt. Das Urteil ist wohl so zu verstehen, dass gegenüber dem Darlehensgeber nur dann eine Rückforderung erfolgen muss, wenn er selbst aus dem Bürgschaftsvertrag einen Vorteil erlangt hat (etwa bei



nachträglicher Besicherung eines bestehenden Darlehens). Das Urteil deutet weiterhin darauf hin, dass auch in diesem Falle die Rechtsfolge der Nichtigkeit des Bürgschaftsvertrags nicht unionsrechtlich vorgegeben ist.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?doclang=DE&text=&pageln dex=1&part=1&mode=req&docid=116122&occ=first&dir=&cid=230594>

### **KOMMISSION VERLÄNGERT UND ÜBERARBEITET VORÜBERGEHENDEN RECHTSRAHMEN FÜR KRISENBEDINGTE BEIHILFEN AN BANKEN**

Die Kommission hat am 01.12.2011 die vorübergehenden Beihilfevorschriften für die Prüfung staatlicher Unterstützungsmaßnahmen für Finanzinstitute während der Krise überarbeitet und verlängert. Die Neuregelungen gelten für Beihilfen ab dem 01.01.2012. Änderungen betreffen u. a. die angemessene Vergütung für Kapitalinstrumente ohne feste Rendite und die Methode zur Berechnung einer angemessenen Vergütung für Garantien für Bankverbindlichkeiten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1488&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

### **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT „HERBST-BEIHILFEANZEIGER“**

Die Kommission hat am 01.12.2011 ihren Bericht über staatliche Beihilfen der Mitgliedstaaten im Jahr 2010 veröffentlicht („Beihilfeanzeiger“). Danach sind die Aufwendungen für nicht krisenbedingte Beihilfen in der EU im Vergleich zum Vorjahr verhältnismäßig stabil geblieben (73,7 Mrd. €, entsprechend 0,6 % des EU-BIP). Manche Staaten hätten ihre Beihilfeaufwendungen sogar merklich reduziert. Neue Beihilfen an die Realwirtschaft auf Grundlage des „Vorübergehenden Gemeinschaftsrahmens“ zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise standen 2010 kaum noch zur Genehmigung an (Beihilfen in Höhe von 1,6 Mrd. €, entsprechend 0,1 % des EU-BIP). Ebenso sei ein starker Rückgang neu genehmigter krisenbedingter Beihilfen an Banken gegenüber den beiden Vorjahren zu verzeichnen (Beihilfen in Höhe von 383,8 Mrd. €, entsprechend 3,1 % des EU-BIP). Die meisten der in der Vergangenheit genehmigten krisenbedingten Maßnahmen liefen derzeit allerdings noch.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1487&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



### **WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRAT AM 05./06.12.2011: NOCH KEINE ABSCHLIESSENDE EINIGUNG ZUR EUROPÄISCHEN PATENTGERICHTSBARKEIT**

Der Rat endete ohne endgültige Einigung zum Paket über das Europäische Patent mit einheitlicher Wirkung, die damit zusammenhängende Sprachenverordnung und dem Abkommen über das Europäische Patentgericht. Gleichwohl sind die Verhandlungen sehr weit gediehen und sollen noch vor Weihnachten abgeschlossen werden. Der letzte offene Hauptstreitpunkt ist der künftige Sitz der Zentralkammer des Europäischen Patentgerichts. Offen blieb, ob dieser Paris – wie von der Präsidentschaft vorgeschlagen – oder München sein soll – wie von Deutschland gefordert (s. dazu den Beitrag des StMJV in diesem EB).

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/intm/126579.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/126579.pdf)

### **ZWISCHENBERICHT DER GRUPPE CARS21 ÜBER EINE STRATEGIE DER EUROPÄISCHEN AUTOMOBILINDUSTRIE**

Am 02.12.2011 hat die Hochrangige Gruppe CARS21 einen Zwischenbericht für eine Strategie zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und für ein nachhaltiges Wachstum der europäischen Automobilindustrie vorgelegt. Zentrale Themen sind die langfristige Verlässlichkeit der regulatorischen Rahmenbedingungen, Verbesserungen bei den Emissionsvorgaben und -messungen für Abgase ebenso wie für Geräusche, die Sicherung weltweit günstiger Handelsbedingungen für die Automobilindustrie sowie eine konsequente Ausrichtung an Mobilitätsthemen der Zukunft (z. B. alternative Kraftstoffe, Standardisierung bei der Elektromobilität).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1494&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **ONLINE-ABSTIMMUNG ÜBER MULTI-MODALE REISEPLANER HAT BEGONNEN**

Die Kommission hat am 05.12.2011 die Abstimmung über den besten multimodalen Reiseplaner online gestellt. Die vorausgewählten zwölf Kandidaten gingen aus einem Wettbewerb hervor, den die Kommission ausgeschrieben hatte („Smart Mobility Challenge“). Die Abstimmung über die Entwürfe läuft bis zum 13.01.2012, parallel dazu bewertet eine Expertenjury die Entwürfe.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1500&format=>



[HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en](#)

### **KOMMISSION GENEHMIGT ÜBERNAHME DER VIZADA-GRUPPE DURCH ASTRIUM-KONZERN**

Die Kommission hat mit Beschluss vom 30.11.2011 die am 26.10.2011 angemeldete Übernahme der luxemburgischen Vizada-Gruppe (bestehend aus der Mobsat Holding SàRL als Holdinggesellschaft sowie Tochtergesellschaften) durch die französische EADS-Tochtergesellschaft Astrium Holding SAS genehmigt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1486&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **KOMMISSION PRÜFT KARTELLVERSTÖSSE BEI E-BÜCHERN**

Die Kommission hat am 06.12.2011 die Einleitung eines förmlichen Prüfverfahrens gegen fünf große Buchverlage bekanntgegeben. Es geht um den Vorwurf gemeinschaftswidriger Preisabsprachen mit dem US-Konzern Apple im Zusammenhang mit elektronischen Büchern. Apple stieg in das E-Book-Geschäft im vergangenen Jahr mit der Markteinführung des i-Pad-Tablets ein. Bei den betroffenen Verlagen handelt es sich auch um die deutsche Verlagsgruppe *Georg von Holtzbrinck*, einem Anteilseigner des Zeitverlages (s. auch den Beitrag im Bereich der IuK- und Medienpolitik in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/126&format=HTML&aged=1&language=EN&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

### **MILCHPAKET: EINIGUNG ZWISCHEN EP, RAT UND KOMMISSION ERREICHT**

Am 06.12.2011 haben EP, Rat und Kommission in Trilogverhandlungen eine Einigung zu den Rechtsvorschlägen über Vertragsbeziehungen im Sektor Milch und Milcherzeugnisse („Milchpaket“) erreicht. Ziel der Vorschläge ist es, die Stellung der Milcherzeuger am Markt zu festigen und sie damit auf eine stärkere Marktorientierung des EU-Milchmarktes vorzubereiten (Position des EP-Agrarausschusses s. EB 13/11). Nach dem ausgehandelten Kompromiss sollen die Mitgliedstaaten in Zukunft die Möglichkeit haben, schriftliche Lieferverträge zwischen Milcherzeugern und -verarbeitern mit bestimmten Mindest-



inhalten vorzuschreiben. Erzeuger dürfen sich zu Erzeugerorganisationen zusammenschließen und die Verträge gemeinsam aushandeln. Dabei darf eine Erzeugerorganisation maximal 33 % der nationalen und 3,5 % der EU-Milchmenge bündeln. Unter bestimmten Bedingungen können Mitgliedstaaten für einzelne Käsesorten, die nach EU-Recht als geschützte geographische Herkunftsbezeichnungen anerkannt sind, eine Mengenregelung einführen. Nach der Einigung müssen diese Regelungen nun von den Institutionen offiziell bestätigt werden. Eine Abstimmung im EP-Plenum ist für Februar 2012 vorgesehen. Bereits 2012 sollen die Regelungen in Kraft treten und bis 2020 gelten.

Mitteilung des EP unter:

<http://www.europarl.europa.eu/news/en/pressroom/content/20111205IPR33212/html/A-fairer-deal-for-dairy-farmers-MEPs-and-Council-agree-on-new-rules>

Reaktion von Agrarkommissar *Cioloş* unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/877&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT KONSULTATIONSERGEBNISSE ZUM GRÜNBUCH ÜBER INFORMATIONEN- UND ABSATZFÖRDERUNGSPOLITIK FÜR AGRARERZEUGNISSE**

Die Kommission hat am 05.12.2011 die Zusammenfassung der Antworten auf das Grünbuch zur Informations- und Absatzförderungspolitik für Agrarerzeugnisse („Den Verbraucher auf den Geschmack bringen...“) veröffentlicht. Bis zum Ende des Konsultationsverfahrens am 07.10.2011 gingen insgesamt 173 Beiträge von Interessenvertretern, öffentlichen Organisationen und Bürgern aus der gesamten EU ein. Die meisten unterstützten die Absicht, die Absatzförderungspolitik weiter zu modernisieren, auch wenn es unterschiedliche Ansichten darüber gebe, in welcher Weise dies geschehen solle, so Agrarkommissar *Cioloş*. Im ersten Halbjahr 2012 werde die Kommission eine Mitteilung vorbereiten. Bis Ende 2012 sollen Legislativvorschläge folgen.

Grünbuch, Zusammenfassung der Konsultation und weitere Informationen unter:

[http://ec.europa.eu/agriculture/promotion/policy/consultation/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/promotion/policy/consultation/index_de.htm)



### **EP-HAUSHALT 2012 ANGENOMMEN**

Das EP hat am 01.12.2011 dem Haushaltsentwurf zugestimmt, wie er am 19.11.2011 zwischen Rat und EP ausgehandelt wurde. Die Mittel für Zahlungen belaufen sich danach insgesamt auf 129 Mrd. €, und liegen damit um 1,85 % höher als 2011 (s. hierzu Beitrag des StMF in diesem EB). Für die Rubrik zwei (Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen) stehen insgesamt 60,0 Mrd. € (Verpflichtungen) bzw. 57,0 Mrd. € (Zahlungen) zur Verfügung. Die Zahlungsermächtigungen für die erste Säule GAP machen davon 43,9 Mrd. €, jene für die zweite Säule GAP 12,1 Mrd. € aus.

Entscheidung des EP unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0521+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Weitere Informationen zum EU-Haushalt 2012 unter:

[http://ec.europa.eu/budget/figures/2012/2012\\_de.cfm](http://ec.europa.eu/budget/figures/2012/2012_de.cfm)

### **FORSCHUNGSRAHMENPROGRAMM: 4,4 MRD. € FÜR AGRAR- UND ERNÄHRUNGSFORSCHUNG VORGESEHEN**

Am 30.11.2011 hat die Kommission ihren Vorschlag zum Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“ vorgelegt. Danach sollen für den Bereich Ernährungssicherung, nachhaltige Landwirtschaft, Meeresforschung und Biowirtschaft für den Zeitraum 2014 - 2020 4,4 Mrd. € bereitgestellt werden. Damit werden die Mittel im Vergleich zum laufenden sieben-Jahres-Zeitraum mehr als verdoppelt. Der Agrar- und Ernährungssektor fällt dabei in die Sparte „gesellschaftliche Herausforderungen“. Insgesamt ist Horizont 2020 mit 80 Mrd. € ausgestattet (s. hierzu Beitrag des StMWFK in diesem EB).

Mitteilung der Kommission und weitere Informationen unter:

[http://ec.europa.eu/research/horizon2020/index\\_en.cfm?pg=h2020-documents](http://ec.europa.eu/research/horizon2020/index_en.cfm?pg=h2020-documents)

### **STUDIE DES IFPRI ZU LANDNUTZUNGS-AUSWIRKUNGEN DER BIOTREIBSTOFFPOLITIK**

In der Studie „Assessing the Land Use Change Consequences of European Biofuel Policies“ des International Food Policy Research Institute (IFPRI, Washington) vom Oktober 2011, die seit kurzem auch auf der Internetseite der Generaldirektion für Handel abrufbar ist, halten Wissenschaftler daran fest, dass die politische Biokraftstoffförderung Landnutzungsänderungen auslöst, die zu problematischen, zusätzlichen Treibhausgasemissionen führen und



damit den angestrebten Effekt für den Klimaschutz verringern.

Bericht unter:

[http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2011/october/tradoc\\_148289.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2011/october/tradoc_148289.pdf)

### **KOMMISSION GENEHMIGT 20 NEUE ABSATZFÖRDERUNGSPROGRAMME FÜR AGRARERZEUGNISSE**

Die Kommission hat am 30.11.2011 zwanzig neue Programme zur Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Drittländer genehmigt. Es handelt sich um dreijährige Programme, deren Wert bei insgesamt 60,2 Mio. € liegt, die Hälfte davon fließt aus dem EU-Haushalt. Die andere Hälfte wird von Branchen- und Dachverbänden übernommen, die die Programme vorgeschlagen haben, in einigen Fällen auch von den betreffenden Mitgliedstaaten. Die Programme umfassen u. a. Absatzmaßnahmen für Obst und Gemüse, Milch und Milcherzeugnisse, EU-Qualitätsprodukte und ökologische Produkte. Sie betreffen neun Mitgliedstaaten, Deutschland gehört nicht dazu.

Weitere Informationen unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1491&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

### **BESCHÄFTIGUNGS- UND SOZIALMINISTERRAT AM 01./02.12.2011 IN BRÜSSEL: SCHWERPUNKTE AUS DEM BEREICH DES STMAS**

Die Beschäftigungs- und Sozialminister der EU befassten sich bei ihrer Tagung am 01./02.12.2011 in Brüssel mit einer Reihe von Legislativdossiers, u. a. zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit, dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF), der Revision der Richtlinie zum Schutz der Arbeitnehmer vor Gefährdung durch physikalische Einwirkungen (elektromagnetische Felder) sowie den Richtlinienentwürfen zur Neufassung der Vorschriften zum Mutterschutz sowie zur Antidiskriminierung. Weitere Schwerpunkte bildeten die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sowie die Umsetzung der Strategie Europa 2020 in den Bereichen Beschäftigung und Sozialpolitik. Die Kommission stellte zudem ihren Bericht über die Anwendung der Übergangsregelungen für die Freizügigkeit von Arbeitnehmern aus Bulgarien und Rumänien sowie den Jahreswachstumsbericht 2012 (beides s. EB



20/11) vor.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/850&format=HTML&aged=0&language=en&guiLanguage=en>

### **PLENARTAGUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VOM 30.11. - 01.12.2011 IN BRÜSSEL: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMAS**

Das EP-Plenum hat in seiner Plenarsitzung in Brüssel am 01.12.2011 in Brüssel (sog. „Miniplenum“) u. a. eine Resolution zum „Europäischen Semester für die wirtschaftspolitische Koordinierung“ angenommen. Die Entschliessung auf der Grundlage des Initiativberichts der französischen Berichterstatterin *Pervenche Berès* (S&D), zugleich Vorsitzende des EP-Beschäftigungsausschusses, zieht eine Bilanz des ersten Europäischen Semesters und formuliert künftige Herausforderungen. Das EP weist darauf hin, dass im Kontext des Europäischen Semesters eine größere Interaktion zwischen Beschäftigungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitik erforderlich sei. Das Europäische Semester stelle bis auf Weiteres den geeigneten Rahmen für die Umsetzung der EU-Strategie und für eine effektive Wirtschaftsregierung dar.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0542+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

### **SPIELZEUGSICHERHEIT: KOMMISSION STARTET EUROPAWEITE INFORMATIONSKAMPAGNE**

Die Kommission hat am 29.11.2011 eine europaweite Kampagne für Spielzeugsicherheit gestartet. Damit sollen Eltern Tipps erhalten für den Kauf und die richtige Verwendung von besonders sicherem Spielzeug, u. a. mit einem EU-weit ausgestrahlten Fernsehspot. Darüber hinaus wies die Kommission darauf hin, dass Geschäfte in vielen Mitgliedstaaten – darunter auch in Deutschland – Karten mit Sicherheitstipps verteilen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1467&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **INITIATIVE KINDERSICHERES INTERNET**

28 Technologie- und Medienunternehmen haben sich am 01.12.2011 zu einem Bündnis für mehr Sicherheit von Kindern im Internet zusammengeschlossen. Die auf freiwilliger Basis erfolgte Kooperation hat sich zum Ziel gesetzt, einfa-



chere Meldemöglichkeiten für schädliche Inhalte zu schaffen, für altersgerechte Datenschutzeinstellungen zu sorgen, ein allgemeingültigeres Alterseinstufungskonzept zu entwickeln sowie die Zusammenarbeit mit Strafverfolgungsbehörden und Meldestellen zu verbessern, damit Material über sexuellen Kindesmissbrauch „proaktiv“ aus dem Internet entfernt wird (s. hierzu Beitrag aus dem Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/information\\_society/activities/sip/self\\_reg/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/information_society/activities/sip/self_reg/index_en.htm)

### **GÜTESIEGEL „EUROPÄISCHER FONDS FÜR SOZIALES UNTERNEHMERTUM“**

Im Kontext der Initiative zur Stärkung kleiner und mittlerer Unternehmen (s. Beitrag des StMWIVT in diesem EB), die die Kommission am 07.12.2011 vorlegte, stellte EU-Binnenmarktkommissar *Michel Barnier* auch den Vorschlag für die Einführung eines Gütesiegels „Europäischer Fonds für soziales Unternehmertum“ vor. Damit will die Kommission nach eigenen Angaben den „Grundstein für einen soliden europäischen Markt für Sozialinvestmentfonds“ legen. Investoren sollen Fonds, die sich auf Investitionen in europäische Sozialunternehmen konzentrieren, leichter erkennen können.

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/investment/social\\_investment\\_funds\\_en.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/investment/social_investment_funds_en.htm)

### **POLITIK FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG: ZUSAMMENKUNFT DER PRÄSIDENTEN DER EU-ORGANE MIT DEM EUROPÄISCHEN BEHINDERTENFORUM**

Die Präsidenten der EU-Organe kamen am 06.12.2011 erstmals mit Vertretern des Europäischen Behindertenforums zusammen, um Fragen mit Blick auf die rund 80 Millionen Europäerinnen und Europäer mit Behinderung zu debattieren. Dabei stand u. a. die bisherige Umsetzung der von der Kommission im vergangenen Jahr vorgelegten Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen (EB 20/10) im Mittelpunkt. Die Kommission bekräftigte in diesem Zusammenhang auch ihre Pläne, im Herbst 2012 einen europäischen Rechtsakt über die Zugänglichkeit vorzulegen, um Menschen mit Behinderungen einen gleichwertigen Zugang zu ihrem Umfeld, zu Verkehrsmitteln sowie Informations- und Kommunikationsdiensten zu ermöglichen. Dazu soll nach Information der Kommission in Kürze eine öffentliche Konsultation zu Fragen der Zugänglichkeit angestoßen werden, mit der die geplante Legislativmaßnahme



vorbereitet werden soll.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1507&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN: AUFFORDERUNG AN VIER MITGLIEDSTAATEN, VORSCHRIFTEN ZUM EUROPÄISCHEN BETRIEBSRAT UMZUSETZEN**

Die Kommission hat Griechenland, Italien, Luxemburg und die Niederlande aufgefordert, die neuen Rechtsvorschriften zum Europäischen Betriebsrat in nationales Recht umzusetzen. Die Aufforderung erging in Form einer „mit Gründen versehenen Stellungnahme“ im Rahmen eines Vertragsverletzungsverfahrens. Wenn die betroffenen Mitgliedstaaten ihre Rechtsvorschriften nicht binnen zwei Monaten in Einklang mit dem EU-Recht bringen, kann die Kommission beschließen, diese Mitgliedstaaten beim Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) zu verklagen.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=1127&furtherNews=yes>

### **KOMMISSION RUFT MITGLIEDSTAATEN ZU MEHR SOLIDARITÄT IN DER ASYLPOLITIK AUF**

In einer Mitteilung vom 02.12.2011 über die verstärkte EU-interne Solidarität im Asylbereich hat die Kommission eine „EU-Agenda für weitergehende Teilung der Verantwortung und mehr gegenseitiges Vertrauen“ vorgestellt. Die Mitteilung fügt sich in eine Reihe von Vorschlägen ein, die die Kommission als Reaktion auf die im Jahr 2011 aufgetretenen Diskussionen über den Umgang mit den Flüchtlingen im südlichen Mittelmeerraum vorgelegt hat. In der Mitteilung weist die Kommission u.a. darauf hin, dass die Ereignisse im Zusammenhang mit den Umbrüchen in Nordafrika das Bedürfnis eines Gemeinsamen Europäischen Asylsystems noch deutlicher gemacht hätten (s. hierzu Beitrag des StMI in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1493&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **RAT: QUALIFIKATIONSRICHTLINIE UND „RAHMENRICHTLINIE ARBEITNEHMERRECHTE“ VERABSCHIEDET**

Nach dem EP-Plenum und der Einigung im Trilogverfahren (EB 19/11) hat der



Rat am 24.11.2011 als sog. A-Punkt ohne Aussprache die Richtlinie über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes („Qualifikations- oder Anerkennungsrichtlinie“) verabschiedet. Ebenfalls als A-Punkt ohne Aussprache hat der Rat am 24.11.2011 in erster Lesung einen Vorschlag für eine Richtlinie über ein einheitliches Verfahren zur Ausstellung einer einheitlichen Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis an Drittstaatsangehörige und über Rechte von legal Berufstätigen aus Drittstaaten (sog. „Rahmenrichtlinie Arbeitnehmerrechte“) angenommen (s. Beitrag des StMI, EB 20/11).

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

#### **ERGEBNISSE DES BILDUNGSMINISTERRATES AM 28.11.2011**

Die europäischen Bildungsminister haben im Rahmen ihrer Tagung am 28.11.2011 unter polnischem Vorsitz Ratsschlussfolgerungen zur Sprachkompetenz zur Förderung der Mobilität, Ratsschlussfolgerungen zur Modernisierung der Hochschulbildung, Ratsschlussfolgerungen zu einem europäischen Durchschnittsbezugswert („Benchmark“) für die Lernmobilität sowie eine Entschließung über eine erneuerte europäische Agenda für die Erwachsenenbildung 2012 - 2014 angenommen. Zudem führten die Bildungsminister nach einem einleitenden Fachvortrag von *Prof. Dr. Ludger Wößmann* (ifo-Institut München) eine Aussprache zum Thema „Effiziente Investitionen in allgemeine und berufliche Bildung in Zeiten der Krise“. EU-Bildungskommissarin *Androulla Vassiliou* stellte anschließend kurz ihren Vorschlag für das neue EU-Programm „Erasmus für alle“ für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport vor (vgl. EB 20/11). Zuletzt skizzierte Dänemark das Programm seiner am 01.01.2012 beginnenden Präsidentschaft: Neben der Entwicklung eines Benchmarks für Beschäftigungsfähigkeit, der Anerkennung von nicht-formalem und informellem Lernen und der Verabschiedung des Fortschrittsberichts 2012 zum ersten Arbeitszyklus des strategischen Rahmens über die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung (ET 2020) sowie der Festlegung von Prioritäten für den nächsten Zyklus wird die dänische Präsidentschaft ganz im Zeichen der Verhandlungen des Kommissionsvorschlags „Erasmus für alle“ stehen. Deutschland wurde auf der Ratstagung seitens der Länder durch Ministerin *Dr. Martina Münch*, seitens des Bun-



des durch Parlamentarischen Staatssekretär *Dr. Helge Braun* vertreten.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st16/st16744.de11.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st16/st16746-co01.de11.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st16/st16743-co02.de11.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st16/st16745.de11.pdf>

### **ERGEBNISSE DES JUGENDMINISTERRATES AM 28.11.2011**

Im Anschluss an den Bildungsministerrat haben die europäischen Jugendminister eine EntschlieÙung über die östliche Dimension der Jugendbeteiligung und Jugendmobilität angenommen. In der anschließenden Orientierungsaussprache zur „Jugend in der Welt – jugendpolitische Zusammenarbeit über die EU hinaus“ verwiesen die Mitgliedstaaten auf die zahlreichen bilateralen Kontakte im Jugendaustausch. Bildungskommissarin *Androulla Vassiliou* kündigte an, für die Jahre 2012 und 2013 im Programm Jugend in Aktion 31,5 Mio. € zusätzlich für östliche Partnerschaften zur Verfügung zu stellen. Anschließend stellte sie das Programm „Erasmus für Alle“ für die Förderperiode 2014 - 2020 vor. Deutschland forderte ein eigenes Kapitel Jugend innerhalb dieses künftigen Programms, während Frankreich sich für die Beibehaltung des derzeitigen Programms „Jugend in Aktion“ aussprach. Die kommende dänische Präsidentschaft erklärte abschließend, Schwerpunkt des kommenden halben Jahres werde das Thema „Kreativität und Innovation“ sein.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st15/st15952.de11.pdf>

### **ERGEBNISSE DES SPORTMINISTERRATES AM 29.11.2011**

Am Folgetag haben die europäischen Sportminister eine EntschlieÙung zur Vertretung der EU-Mitgliedstaaten im Gründungsrat der Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA) und zur Koordinierung der EU vor den WADA-Sitzungen, Schlussfolgerungen zur Bedeutung der Freiwilligentätigkeit im Sport für die Förderung der aktiven Bürgerschaft sowie Schlussfolgerungen zur Bekämpfung von Spielabsprachen angenommen. In der Orientierungsaussprache zu „Good Governance“ im Sport wurden die Prinzipien der Autonomie bestätigt und die Fortführung des Dialogs insbesondere durch die Expertengruppe vereinbart. Abschließend erklärte die dänische Delegation, dass sie sich in ihrer bevorstehenden Präsidentschaft auf die Themen Sport im Programm „Erasmus für Alle“, Anti-Doping, Bekämpfung von Sportabsprachen und Freiwilligentätigkeit konzentrieren werde.



<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st16/st16958.de11.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st16/st16349.de11.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st16/st16819-co01.de11.pdf>

### **KOMMISSION BETONT IM JAHRESWACHSTUMSBERICHT 2012 ERNEUT DIE BEDEUTUNG DER BILDUNG FÜR NACHHALTIGES WACHSTUM**

Am 23.11.2011 hat die Kommission ihren Jahreswachstumsbericht für das Jahr 2012 angenommen, mit dem das Europäische Semester zur wirtschaftspolitischen Steuerung 2012 eingeleitet wird. In ihrer Mitteilung schlägt die Kommission vor, die Bemühungen im Jahr 2012 auf EU- und nationaler Ebene auf fünf Bereiche zu konzentrieren. Der Bildungsbereich wird im Kapitel „Inangriffnahme einer differenzierten, wachstumsfreundlichen Haushaltskonsolidierung“ sowie im Kapitel „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Bewältigung der sozialen Krise“ thematisiert.

Die Mitteilung inkl. Anhänge ist unter folgender Internetadresse abrufbar:

[http://ec.europa.eu/europe2020/reaching-the-goals/monitoring-progress/annual-growth-surveys/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/europe2020/reaching-the-goals/monitoring-progress/annual-growth-surveys/index_de.htm)

### **EP NIMMT ENTSCHEIDUNG ZUR BEKÄMPFUNG DES SCHULABBRUCHS AN**

Das Europäische Parlament (EP) hat in seiner Plenarsitzung vom 01.12.2011 auf der Grundlage eines Berichts der Abgeordneten *Mary Honeyball* (S&D/GBR) eine Entschließung zur Bekämpfung des Schulabbruchs angenommen. Hintergrund des Dokuments ist das in der Europa-2020-Strategie vereinbarte Ziel, die Schulabbrecherquote bis zum Jahr 2020 europaweit auf unter 10 % zu senken, sowie die im Mai 2011 vom Rat angenommene Empfehlung für politische Empfehlungen zur Senkung der Schulabbrecherquote (vgl. EB 11/11). Bei grundsätzlicher Anerkennung der komplexen und individuell jeweils sehr verschiedenen Gründe für Schulabbruch, die einer sorgfältigen Analyse bedürften, benennt das EP u. a. die Verbesserung der Bildungssysteme und des Unterrichts, die frühzeitigere Identifikation und gezielte Förderung von Schulabbruchgefährdeten sowie die Unterstützung der Familien als zentrale Faktoren für den Schulerfolg. Unter grundlegendem Verweis auf von Bedeutung der Bildung für gesellschaftliche Teilhabe, persönliches Wohlergehen sowie Vermeidung von Arbeitslosigkeit mahnt das EP die Mitgliedstaaten, nationale Strategien zur Senkung der



Schulabbrecherquote zu entwickeln bzw. in koordinierter Weise umzusetzen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0531+0+DOC+XML+V0//DE>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

### **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT VORSCHLAG ZU „HORIZON 2020“**

Am 30.11.2011 hat die Kommission ihren Vorschlag zum künftigen 8. Forschungsrahmenprogramm mit dem Titel „Horizon 2020“ vorgelegt, das für 2014 - 2020 gelten soll. Als Finanzausstattung sind 88 Mrd. € (nach geschätzten Preisen von 2014) vorgesehen. Die Förderung gliedert sich auf in die drei schon im Vorfeld absehbaren Hauptbereiche:

- Wissenschaftsexzellenz
- führende Rolle der Industrie
- gesellschaftliche Herausforderungen

Die Exzellenzforschung erhält mit ca. 28 Mrd. € einen starken Schub, wobei 15 Mrd. € für das deutlich aufgestockte Budget des Europäischen Forschungsrates (ERC) und weitere 6,5 Mrd. € im Rahmen der „Marie Curie“-Mobilitätsmaßnahmen verwendet werden. Forschungsprojekte zu gesellschaftlichen Herausforderungen werden mit ca. 36 Mrd. € unterstützt. Dieser Bereich ist die Fortentwicklung des bisherigen Verbundforschungsprogramms „Zusammenarbeit“ im 7. Forschungsrahmenprogramm. Die wichtigsten drei Forschungsthemen sind künftig die Gesundheitsforschung, die mit 9,1 Mrd. € das höchste Budget erhält, gefolgt von Transport und Verkehr mit 7,7 Mrd. € und der Energieforschung mit 6,5 Mrd. €. Die Säule der industriegetriebenen Forschung umfasst 20 Mrd. €. Die größte Einzelposition stellen hier die Investitionen in Schlüsseltechnologien dar (insbesondere Informations- und Kommunikationstechnologie). Das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) soll darüber hinaus bis zu 3,2 Mrd. € erhalten (zum Einen als Sockelbeitrag, zum Anderen nach positiver Zwischenevaluation aus dem Budget der gesellschaftlichen Herausforderungen). Die Finanzierung des ITER-Fusionsforschungsreaktors und des Satellitensystems GMES soll außerhalb des „Horizon 2020“-Programms finanziert werden.

Legislativvorschlag:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st17/st17933.de11.pdf>



Internetseite der Kommission zu „Horizon 2020“:

[http://ec.europa.eu/research/horizon2020/index\\_en.cfm?pg=home](http://ec.europa.eu/research/horizon2020/index_en.cfm?pg=home)

#### **EU-KULTURMINISTERRAT AM 29.11.2011**

Im Zentrum der Ratssitzung stand eine politische Aussprache zu europaweit vergleichbaren und verlässlichen Kulturstatistiken, welche von allen Delegationen einhellig für notwendig erachtet wurden. Kommissarin *Vassiliou* stellte die Grundzüge des Programms „Kreatives Europa“ vor, das ab 2014 die bisher eigenständigen Programme für Kultur- und Medienförderung ablösen soll. Der Kulturministerrat verabschiedete Schlussfolgerungen zu kulturellen und kreativen Kompetenzen, die eine Verbindung von Kultur-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik herstellen. Die deutsche Delegation wurde geleitet vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister *Bernd Neumann*.

Kulturstatistiken: Diskussionspapier für Orientierungsaussprache:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st16/st16321.de11.pdf>

Kommissions-Vorschlag zur Einrichtung des Programms „Kreatives Europa“:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st17/st17186.de11.pdf>

Schlussfolgerungen des Rats zu kulturellen und kreativen Kompetenzen:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st16/st16227.de11.pdf>

#### **ERGEBNISSE DES WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRATS AM 06.12.2011**

Im Mittelpunkt der Ratssitzung stand die erstmalige Diskussion über die Vorschläge der Kommission zur nächsten Generation der EU-Forschungs- und Innovationsförderung „Horizon 2020“. Der Vorschlag von Kommissarin *Máire Geoghegan-Quinn* stieß dabei auf grundsätzlich positives Echo, während etliche Fragen noch als klärungsbedürftig angesehen wurden. Darüber hinaus fasste der Rat einen Beschluss über die nächste Tranche von Initiativen der Gemeinsamen Programmplanung und nahm Schlussfolgerungen zu Partnerschaften in Forschung und Innovation an.

Schlussfolgerungen zu Initiativen der Gemeinsamen Programmplanung:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st17/st17424.de11.pdf>

Schlussfolgerungen zu Forschungspartnerschaften:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st17/st17427.de11.pdf>



### **ERGEBNISSE DES BILDUNGSMINISTERRATS AM 28.11.2011**

Die europäischen Bildungsminister haben im Rahmen ihrer Tagung am 28.11.2011 unter polnischem Vorsitz u. a. Ratsschlussfolgerungen zur Modernisierung der Hochschulbildung und Ratsschlussfolgerungen zu einem europäischen Durchschnittsbezugswert („Benchmark“) für die Lernmobilität angenommen. Zudem führten die Bildungsminister nach einem einleitenden Fachvortrag von *Prof. Dr. Ludger Wößmann* (ifo-Institut München) eine Aussprache zum Thema „Effiziente Investitionen in allgemeine und berufliche Bildung in Zeiten der Krise“. EU-Bildungskommissarin *Androulla Vassiliou* stellte anschließend kurz ihren Vorschlag für das neue EU-Programm „Erasmus für alle“ für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport vor (EB 20/11). Die Schlussfolgerungen des Rats zur Hochschulmodernisierung unterstreichen die Notwendigkeit, in Europa eine größere Zahl an hochqualifizierten Arbeitskräften auszubilden, die Innovationsfähigkeit zu stärken und den Hochschulstandort Europa insgesamt attraktiver zu machen. Mit Blick auf das Bildungsziel der Europa 2020-Strategie werden die Mitgliedstaaten u. a. aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um den Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit Hochschul- oder vergleichbarem Abschluss zu erhöhen. Deutschland wurde auf der Ratstagung seitens der Länder durch Ministerin *Dr. Martina Münch*, seitens des Bundes durch den Parlamentarischen Staatssekretär *Dr. Helge Braun* vertreten (s. hierzu Beitrag des StMUK in diesem EB).

Ratsschlussfolgerungen zur Modernisierung der Hochschulbildung:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st16/st16746-co01.de11.pdf>

### **EUROPÄISCHES INNOVATIONS- UND TECHNOLOGIEINSTITUT SCHAFFT MEHR INNOVATIONSZENTREN**

Am 30.11.2011 hat die Kommission einen Vorschlag für die Strategische Innovationsagenda des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (EIT) verabschiedet, die den Rahmen für die Arbeit des Instituts in den nächsten Jahren vorgibt (EB 13/11). Gleichzeitig wurde für das EIT im Rahmen des Vorschlags zum künftigen Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“ ein Budget von bis zu 3,2 Mrd. € (unter Berücksichtigung der für den Zeitraum 2014 - 2020 geschätzten Inflation) vorgeschlagen. Dies käme einem immensen Mittelaufwuchs gleich, da im Zeitraum 2007 - 2013 nur 309 Mio. € bereitstehen. In den Jahren 2014 - 2018 werden je drei weitere Innovationszentren, sogenannte „Wissens- und Innovationsgemeinschaften“ (KICs) die bereits bestehenden



ergänzen. 2014 sollen die Initiativen „Gesundes Leben“, „Rohstoffe“ und „Lebensmittel für die Zukunft“ ihre Arbeit aufnehmen. Für 2018 sind die Programme „Urbane Mobilität“, „Mehrwert in der Fertigung“ und „Intelligente, sichere Gesellschaften“ vorgeschlagen. Die drei bestehenden KICs sollen 1,69 Mrd. €, jene ab 2014 1,01 Mrd. € und jene ab 2018 260 Mio. € Förderung aus „Horizon 2020“ erhalten. Die unterschiedlichen Summen ergeben sich aus der unterschiedlichen Laufzeit innerhalb des Finanzrahmens 2014 - 2020.

Informationen zum EIT:

[http://ec.europa.eu/education/eit/eit-home\\_en.htm](http://ec.europa.eu/education/eit/eit-home_en.htm)

Strategische Innovationsagenda:

[http://eit.europa.eu/fileadmin/Content/Downloads/SIA/EIT\\_Strategic\\_Innovation\\_Agenda\\_Final.pdf](http://eit.europa.eu/fileadmin/Content/Downloads/SIA/EIT_Strategic_Innovation_Agenda_Final.pdf)

### **KONSULTATION ZUR ÜBERARBEITUNG DER RICHTLINIE ÜBER DIE RÜCKGABE VON KULTURGÜTERN**

Die EU-Kommission hat eine öffentliche Konsultation mit dem Ziel der möglichen Überarbeitung der Richtlinie 93/7/EWG über die Rückgabe von Kulturgütern eingeleitet. Die Kommission hat aufgrund negativer Erfahrungsberichte Zweifel an der Wirksamkeit der Richtlinie in ihrer bisherigen Form. Die Konsultationsphase läuft bis zum 05.03.2012. Eingeladen ihre Meinung abzugeben sind unter anderem Kulturministerien und Kulturämter sowie Museen, Bibliotheken und Archive. Im Anschluss an die Konsultation wird die Kommission unter Einbeziehung der Befragungsergebnisse EP und Rat einen Vorschlag zur Änderung der Richtlinie unterbreiten und das künftige Vorgehen der EU in diesem Bereich erörtern.

Seite der Kommission zur Konsultation:

[http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/itemlongdetail.cfm?displayType=consultation&lang=de&tpa\\_id=0&item\\_id=5526&tk](http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/itemlongdetail.cfm?displayType=consultation&lang=de&tpa_id=0&item_id=5526&tk)

Richtlinie 93/7/EWG vom 15.03.1993:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CONSLEG:1993L0007:20010730:de:PDF>



Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

**ERGEBNISSE DES RATES „BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ“ AM 01./02.12.2011 IN BRÜSSEL – BEREICH GESUNDHEIT**

Am 01./02.12.2011 tagte der Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO) in Brüssel. Dabei nahmen die EU-Gesundheitsminister der Mitgliedstaaten jeweils nicht legislative Ratsschlussfolgerungen zu Gesundheitsungleichheiten, chronischen Atemwegserkrankungen und Kommunikationsstörungen bei Kindern an und führten einen Meinungsaustausch über das Gesundheitsprogramm 2014 bis 2020. Die Kommission informierte die Minister über den aktuellen Stand in dem Gesetzgebungsverfahren zu Patienteninformationen über verschreibungspflichtige Arzneimittel. Schließlich stellte die ab dem 01.01.2012 amtierende dänische EU-Ratspräsidentschaft ihr Arbeitsprogramm im Bereich Gesundheit vor.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/lisa/126530.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/126530.pdf)

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/lisa/126524.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/126524.pdf)

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/lisa/126522.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/126522.pdf)

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/lisa/126523.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/126523.pdf)

**EP-PLENUM VOM 30.11. - 01.12.2011 IN BRÜSSEL – ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH DES STMUG**

Auf der Tagung vom 30.11. - 01.12.2011 in Brüssel hat das Plenum des Europäischen Parlamentes (EP) u. a. eine Entschließung zur Bekämpfung von HIV/AIDS angenommen.

Entschließung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=MOTION&reference=B7-2011-0615&language=DE>

Information der Kommission:

<http://europa.eu./rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/859&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Erklärung der EU und der Mitgliedstaaten:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/de/misc/126](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/misc/126)



[469.pdf](#)

### **STUDIE DES IFPRI ZU LANDNUTZUNGS-AUSWIRKUNGEN DER BIO-TREIBSTOFFPOLITIK**

In der Studie „Assessing the Land Use Change Consequences of European Biofuel Policies“ des International Food Policy Research Institute (IFPRI, Washington) vom Oktober 2011, die seit kurzem auch auf der Internetseite der Generaldirektion für Handel abrufbar ist, halten Wissenschaftler daran fest, dass die politische Biokraftstoffförderung Landnutzungsänderungen auslöst, die zu problematischen, zusätzlichen Treibhausgasemissionen führen und damit den angestrebten Effekt für den Klimaschutz verringern (s. hierzu Beitrag des StMELF in diesem EB).

[http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2011/october/tradoc\\_148289.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2011/october/tradoc_148289.pdf)

### **ZWISCHENBERICHT DER GRUPPE CARS21 ÜBER EINE STRATEGIE DER EUROPÄISCHEN AUTOMOBILINDUSTRIE**

Am 02.12.2011 hat die Hochrangige Gruppe CARS21 einen Zwischenbericht für eine Strategie zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und für ein nachhaltiges Wachstum der europäischen Automobilindustrie vorgelegt. Zentrale Themen sind die langfristige Verlässlichkeit der regulatorischen Rahmenbedingungen, Verbesserungen bei den Emissionsvorgaben und -messungen für Abgase ebenso wie für Geräusche, die Sicherung weltweit günstiger Handelsbedingungen für die Automobilindustrie sowie eine konsequente Ausrichtung an Mobilitätsthemen der Zukunft (z. B. alternative Kraftstoffe, Standardisierung bei der Elektromobilität) (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1494&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **ERGEBNISSE DES WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRATS AM 06.12.2011**

Im Mittelpunkt der Ratssitzung stand die erstmalige Diskussion über die Vorschläge der Kommission zur nächsten Generation der EU-Forschungs- und Innovationsförderung "Horizon 2020". Der Vorschlag von Kommissarin *Máire Geoghegan-Quinn* stieß dabei auf grundsätzlich positives Echo, während etliche Fragen noch als klärungsbedürftig angesehen wurden. Darüber hinaus fasste der Rat einen Beschluss über die nächste Tranche von Initiativen der Gemeinsamen Programmplanung und nahm Schlussfolgerungen zu Partner-



schaften in Forschung und Innovation an (s. hierzu Beitrag des StMWFK in diesem EB).

### **EU-KOMMISSION VERÖFFENTLICHT VORSCHLAG ZU „HORIZON 2020“**

Am 30.11.2011 hat die EU-Kommission ihren Vorschlag zum künftigen 8. Forschungsrahmenprogramm mit dem Titel „Horizon 2020“ vorgelegt, das für die Jahre 2014-2020 gelten soll. Als Finanzausstattung sind 88 Mrd. € (nach geschätzten Preisen von 2014) vorgesehen. Die Förderung gliedert sich auf in die drei schon im Vorfeld absehbaren Hauptbereiche

- Wissenschaftsexzellenz
- führende Rolle der Industrie
- gesellschaftliche Herausforderungen

Forschungsprojekte zu gesellschaftlichen Herausforderungen werden mit ca. 36 Mrd. € unterstützt. Dieser Bereich ist die Fortentwicklung des bisherigen Verbundforschungsprogramms „Zusammenarbeit“ im 7. Forschungsrahmenprogramm. Die wichtigsten drei Forschungsthemen sind künftig die Gesundheitsforschung, die mit 9,1 Mrd. € das höchste Budget erhält, gefolgt von Transport und Verkehr mit 7,7 Mrd. € und der Energieforschung mit 6,5 Mrd. €. Die Verhandlungen zwischen Rat, EU-Parlament und Kommission über die neue Verordnung sollen bis Ende 2013 abgeschlossen sein (s. hierzu Beitrag des StMWFK in diesem EB).

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

### **KOMMISSION DROHT DEUTSCHLAND UND FÜNFZEHN WEITEREN MITGLIEDSTAATEN MIT EUGH-KLAGE WEGEN TELEKOM-RECHT**

Am 24.11.2011 hat die Kommission Deutschland und fünfzehn weitere Mitgliedstaaten (Frankreich, Österreich, Belgien, u. a.) im Rahmen der zweiten Stufe des Vertragsverletzungsverfahrens aufgefordert, das neue EU-Telekommunikationsrecht vollständig in nationales Recht umzusetzen. Die Frist dafür lief am 25.05. dieses Jahres ab. Kommt die Bundesrepublik der Aufforderung binnen zwei Monaten nicht nach, kann die Kommission den EuGH anrufen.

Weitere Informationen über Telekommunikationsvertragsverletzungsverfahren:

[http://ec.europa.eu/information\\_society/policy/ecom/implementation\\_enforce](http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecom/implementation_enforce)



[ment/infringement/](#)

#### **EU-KULTURMINISTERRAT – BEREICH AUDIOVISUELLES AM 29.11.2011**

Im Zentrum des Audiovisuellen Teils der Kulturministerratsitzung am 29.11.2011 stand ein Vorschlag für einen Ratsbeschluss zur Unterzeichnung des europäischen Übereinkommens über den rechtlichen Schutz von zugangskontrollierten Diensten sowie Ratsschlussfolgerungen zum Schutz der Kinder in der digitalen Welt. Außerdem informierte Vizepräsidentin *Kroes* über die Kommissionsempfehlung zur Digitalisierung und Online-Zugänglichkeit kulturellen Materials und dessen digitale Aufbewahrung, die zum Ziel habe, die Digitalisierung und Archivierung kultureller Werke weiter voran zu treiben (EB 19/11). Desweiteren stellte Kommissarin *Vassiliou* die Grundzüge des Programms „Kreatives Europa“ vor, das ab 2014 die bisher eigenständigen Programme für Kultur- und Medienförderung ablösen soll (EB 20/11).

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/educ/126424.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/educ/126424.pdf)

#### **INITIATIVE KINDERSICHERES INTERNET**

Am 01.12.2011 haben sich 28 Technologie- und Medienunternehmen zu einem Bündnis für mehr Sicherheit von Kindern im Internet zusammengeschlossen (EB 17/11). Die auf freiwilliger Basis erfolgte Kooperation hat sich zum Ziel gesetzt, einfachere Meldemöglichkeiten für schädliche Inhalte zu schaffen, für altersgerechte Datenschutzeinstellungen zu sorgen, ein allgemeingültigeres Alterseinstufungskonzept zu entwickeln sowie die Zusammenarbeit mit Strafverfolgungsbehörden und Meldestellen zu verbessern, damit Material über sexuellen Kindesmissbrauch „proaktiv“ aus dem Internet entfernt wird. Binnen eines Jahres werden hier erste Vorschläge erwartet. Gründungsmitglieder sind Geräte- und Betriebssystemhersteller, Internetdiensteanbieter, Rundfunkveranstalter, soziale Netze und Mobilfunkbetreiber, wie z. B. die Deutsche Telekom, Microsoft, Apple, Google, Facebook, RTL Group, Nokia und Vodafone. Mehr zum EU-Programm „Sicheres Internet“:

[http://ec.europa.eu/information\\_society/activities/sip/self\\_reg/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/information_society/activities/sip/self_reg/index_en.htm)

Absichtserklärung mit Arbeitsplan:

[http://ec.europa.eu/information\\_society/activities/sip/docs/ceo\\_coalition\\_statement.pdf](http://ec.europa.eu/information_society/activities/sip/docs/ceo_coalition_statement.pdf)



### **KOMMISSION PRÜFT KARTELLVERSTÖSSE BEI E-BÜCHERN**

Die Kommission hat am 06.12.2011 die Einleitung eines förmlichen Prüfverfahrens gegen fünf große Buchverlage bekanntgegeben. Es geht um den Vorwurf gemeinschaftswidriger Preisabsprachen mit dem US-Konzern Apple im Zusammenhang mit elektronischen Büchern. Apple stieg in das E-Book-Geschäft im vergangenen Jahr mit der Markteinführung des i-Pad-Tablets ein. Bei den betroffenen Verlagen handelt es sich auch um die deutsche Verlagsgruppe *Georg von Holtzbrinck*, ein Anteilseigner des Zeitverlages.

Mehr zum Prüfverfahren der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/126&format=HTML&aged=1&language=EN&guiLanguage=en>

### **DISKUSSIONSGRUPPE ZUR ZUKUNFT DER MEDIEN EINGESETZT**

Am 07.12.2011 fand das erste der insgesamt fünf geplanten Treffen einer von der Kommission eingesetzten Diskussionsgruppe zur Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen für europäische Medien unter Vorsitz des Chefs des holländischen Medienunternehmens Persgroep *Christian van Thilo* (Belgien) statt. Die über 20 Mitglieder der Gruppe kommen aus Rundfunk, Werbung, Telekommunikation und dem Verlagswesen sowie den Bereichen Geräteherstellerbranche, den sozialen Netzwerken und von Online-Unternehmen. Aus Deutschland war beim ersten Treffen der Axel-Springer-Verlag mit dem Vorstandsvorsitzenden *Dr. Andreas Wiele* vertreten. Die Kommission hofft auf weitere Mitglieder, insbesondere aus dem EP und dem Rat, um der Debatte neue Impulse zu verleihen.

[http://ec.europa.eu/information\\_society/media\\_taskforce/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/information_society/media_taskforce/index_en.htm)